

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreizehnpaltige Feilzelle 20 Pfennige, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zelle 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Neue Tarifikämpfe. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1906. — Rundschau. — Literatur. — Brieffasten. — Beilage: Korrespondenzen (Altwaßer in Schlesien, Darmstadt, Hilbesheim, Karlsruhe, Kaufbeuren, Meß, Straßburg, Zwickau). — Rundschau. — Literatur.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes. Erklärung.

Nachdem in zwei Versammlungen der Zahlstelle Berlin II der Tarifbruch der Rotations-Nachtarbeiter und Falzer bei Ullstein u. Co. lebhaft bebahrt worden ist und zu dem unerwarteten Resultat führte, daß wohl das Vorgehen bei der genannten Firma gerügt und verurteilt wurde, jedoch mit besonderer Betonung dem Vorstand heftige Vorwürfe gemacht worden sind, erklärt der Verbandsvorstand:

1. Das Vorgehen der Kollegen bei Ullstein u. Co. war ein bewußter Tarifbruch.
2. Der Vorstand der Zahlstelle II ist zu den Druckerei-Versammlungen absichtlich nicht hinzugezogen worden, weil die Kollegenschaft wußte, daß derselbe seine Zustimmung zu dieser Form des Vorgehens niemals geben würde.
3. Die Kollegenschaft hatte aber trotz dieses Vorgehens noch vor der Arbeitsniederlegung eine schriftliche Erklärung des Vorstandes und der Hausorganisation in Händen, wodurch ihnen mitgeteilt wurde, daß der Vorstand das geplante Vorgehen als Tarifbruch ansehen muß und die schärfsten Maßnahmen der Organisation androhte, wenn die Kollegen trotz der Warnung die Arbeit niederlegten.
4. Trotz dieser bringenden Warnung wurde die Arbeit niedergelegt und erklärten die Vertrauensleute der Abteilung bei einer versuchten Verhandlung mit der Geschäftsleitung, daß sie die Konsequenzen selbst tragen werden und auf die Anordnungen des Vorstandes ihrer Organisation „pfeifen“.
5. Trotz dieser unerhörten Handlungsweise hat der Vorstand nach erfolgter Arbeitsniederlegung unter sofortiger Hinzuziehung des Verbandsvorstandes versucht, durch Einleitung von Verhandlungen soviel Kollegen, als nur irgend möglich war, wieder unterzubringen und durch eingehende Verhandlung der Angelegenheit weitere Schäden, deren Folgen für die Kollegenschaft Deutschlands unabsehbar waren, abzuwenden.

6. Der Vorstand der Zahlstelle Berlin II hat in dieser Sache vollständig korrekt gehandelt und seine Pflicht und Schuldigkeit in jeder Beziehung getan, ihm gebührt vollste Anerkennung.

7. Die Schuldigen in der Sache Ullstein aber, die auch jetzt noch keine Ruhe geben wollen und nicht nur in dieser Druckerei zu finden sind, haben den Ausschluß verdient.

Der Verbandsvorstand wird sich denen gegenüber weitere Maßnahmen vorbehalten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Bielefeld. Bei der Firma Gundlach sind Differenzen ausgebrochen. Das Personal befindet sich im Ausstand. Zugang ist fernzuhalten.

Breslau. Infolge der Tarifbewegung ist Zugang nach Breslau fernzuhalten.

Freiburg i. Br. Vorsitzender Chr. Thumm, Fernandstr. 4. — Kassierer: Anton Klaf, Kaiserstr. 86.

Sorford. Vorj. Heinrich Blüger, Radewigstraße 6. — Kassierer: Friß Kolbus, Ahmserstr. 388.

Hilbesheim. Vorj. Karl Werner, Marienburgstr. 134.

Meß. Vorj. A. Voelfer, Schönhoffstr. 2 II.
Der Verbandsvorstand.

Neue Tarifikämpfe.

Die Sommermonate mit ihrer schlechteren Konjunktur im Druckereibetriebe sind vorüber. Wenn diese Zeit auch für direkte Aktionen zu Gunsten der Tarifeinführung nicht geeignet ist, so haben aber unsere Ortsverwaltungen in all den Orten, wo bis jetzt Vereinbarungen nicht zustande kamen, nichts versäumt, um das Mittelzeug für die Tarifbewegung zu vervollständigen. Die Agitation ruhte keinen Augenblick und zeitigte gute Erfolge. Die statistischen Aufnahmen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die ein unentbehrliches Hilfsmittel bei den Verhandlungen mit den Prinzipalen bilden, sind abgeschlossen, und nun kann die eigentliche Arbeit beginnen. Obwohl zu erwarten steht, daß in verschiedenen Druckstädten wieder ohne große Schwierigkeiten unser Tarif zur Einführung gebracht werden kann, kann es aber als ziemlich sicher gelten, daß es in einer ganzen Reihe von Orten zu ernstern Kämpfen führen wird, wenn bei den dortigen Unternehmern und deren örtlichen Vereinigungen nicht baldigt eine bessere Einsicht Platz greift. Noch hat sich nicht überall unsere Organisation die nötige Anerkennung verschaffen können, teilweise weil sie mit ihrer numerischen Stärke nicht an allen Orten auf den Gegner Eindruck machen konnte, teilweise weil derselbe mit allen Mitteln versucht, noch eine Galgenfrist zu gewinnen, um der Bezahlung der tariflichen Löhne so lange wie möglich aus dem Wege zu gehen. Natürlich wird dies nicht offen zugegeben, sondern man schüttelt alle möglichen prinzipiellen Bedenken vor, die einem Vertragsabschluß mit der Hilfsarbeiterschaft angeblich im Wege stehen. Daß dies aber leere Ausreden sind, beweist doch die bei der Schaffung der „Allgemeinen Bestimmungen“ durch den Verein Deutscher Buchdruckereibesitzer erfolgte Anerkennung unseres Verbandes als vertragsschließende Partei. Es erscheint uns ja allerdings als unverständlich, wie sich einzelne Gruppen dieser Unternehmerorganisation über die feinerzeit gefaßten Beschlüsse derselben einfach hinwegsetzen können und erwarten stark, daß die Zentralleitung in Leipzig noch manches Nachwort sprechen wird.

Daß sich unsere Kollegenschaft darauf allein aber nicht verläßt und mit eigenen Mitteln versucht, die widersprechenden Kreise zur Vernunft zu bringen, beweisen verschiedene Geplänkel, durch die in mehreren Orten der Angriff eröffnet wurde. Am ernstesten scheint die Situation zurzeit in

Breslau zu sein, über die wir heute berichten können.

Am 27. Mai d. J. teilte der Verein Breslauer Buchdruckereibesitzer unserer dortigen Ortsverwaltung mit, daß er eine Zulage für das Hilfspersonal als nicht „notwendig“ erachte und es jedem Prinzipal überläßt, sich mit seinem Hilfspersonal zu verständigen. Die Einzelnen wieder verweisen jede Forderung an den Verein. Nun glaubten die Herren, durch diese wechselseitige Deckung ihren gefährdeten Geldsack geschützt und vermuteten, daß unsere Breslauer Kollegen noch dümmere sind als ihr oben geschilbeter Verschleppungsplan. Diese aber waren sehr bald des Parlamentierens müde und griffen zu einem sehr probaten Mittel, indem sie einen lustigen Kleinkrieg über ganz Breslau eröffneten. Der Erfolg blieb nicht aus. In einer ganzen Reihe von Betrieben (ca. 20) ist es gelungen, ganz annehmbare Lohnerhöhungen zu erreichen. Natürlich geht es nicht in allen Betrieben so glatt, wie nachstehender Fall beweist.

Am die Firma Graf, Barth & Co. (W. Friedrich), wurde am 31. Oktober wie an alle anderen ein Schreiben gerichtet, in welchem die Lohnforderungen des Personals präzisiert wurden mit der Bitte um Antwort bis zum 5. November. Der Mitinhaber der Firma, Herr Herbert Friedrich, war seinerzeit Vorsitzender der Prinzipals-Lohnkommission, und dessen Einfluß das Scheitern der damaligen Verhandlungen über die Lohnfrage zu danken ist. Von diesem Herrn ging nun schon am 1. November die erbetene Antwort ein mit dem Hinweis, daß die Organisation sowohl wie die Lohnkommission seitens der Firma nicht anerkannt und die Angelegenheit dem Prinzipalsverein überwiesen wird. Hierauf antwortete das Personal kurz entschlossen mit der Arbeitsniederlegung am 5. November. Weiteren Verhandlungen ging die Firma aus dem Wege, dagegen erhielten sämtliche Beteiligten noch an demselben Tage eine Vorladung vor das Gewerbegericht, bei dem sie von der Firma wegen Kontraktbruch verklagt wurden. Ist diese Fügigkeit, mit welcher das Breslauer Gewerbegericht arbeitete, an sich schon sehr auffallend, weil ein derartiger Fall bis jetzt dort noch nicht beobachtet wurde, so fordert die Art der Verhandlung, über die uns nachstehender Bericht zugeht, den schärfsten Widerspruch heraus. Der Bericht der „Breslauer Volkswacht“ lautet:

Die Buchdruckerei von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) klagte in der Sitzung des Gewerbegerichts vom 7. d. Mts. gegen 22 Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen wegen Vertragsbruchs und forberte von ihnen Entschädigung in Höhe des örtlichen Tagelohnes von 2,40 Mk. von männlichen und 1,45 Mk. von weiblichen Arbeitern auf die Dauer einer Arbeitswoche, von jedem Arbeiter demnach 14,40 Mk. pro Woche, von den Arbeiterinnen 8,60 Mk. — Die Firma beschuldigt die Beklagten, ohne die gesetzliche 14tägige Kündigung, die vereinbart worden, die Arbeit eingestellt zu haben und in den Streik eingetreten zu sein.

Die Beklagten hatten dem Bevollmächtigten der Breslauer Filiale des Buchdruckereiarbeiter-Verbandes, Kollegen Wenzel, die Vollmacht zu ihrer Vertretung erteilt, und dieser wollte die Kollegen vor dem Gewerbegericht vertreten. Doch vergeblich! Da der Verband Rechtsschutz gewährt, nahm das

Gewerbegericht an, daß Abend die Vertretung geschäftsmäßig betreibt und deshalb keine Vertretung nicht zugelassen werden könne, obgleich Abend erklärt hatte, daß er zum ersten Male und weil die Sache von großer Wichtigkeit sei, eine Vertretung angenommen habe, was die Pflicht erweise!

Damit hat sich das Breslauer Gewerbegericht die Aufstellung eines Grundbuchs geleistet, der einfach unhaltbar ist und um seiner Konsequenzen willen ganz energisch zurückgewiesen werden muß. Die Leute, die einen solchen Beschluß herbeiführen konnten, müssen den Einrichtungen der Gewerkschaften einfach fremd gegenüber stehen. Einen Verbandsfunktionär, noch dazu einen nicht angestellten, bloß deswegen als geschäftsmäßigen Prozeßagenten zu erklären, weil sein Verband Rechtschutz gewähre, das übertrifft an Auslegungskunst alles bisher Dagewesene.

An Stelle des Abend trat ein Streikender, Kollege Schulz. Dieser führte aus, daß von einem Vertragsbruch nicht die Rede sein könne; die Absicht, die Arbeit überhaupt aufzugeben, habe niemals bestanden, es wurde nur ein passiver Widerstand geleistet, weil die Firma sich beharrlich weigere, in Unterhandlung wegen einer Lohnerhöhung, um die die Kollegen schon seit Januar die Firma angegangen seien, einzutreten. In Breslau hätten 20 Buchdruckereien den Hilfsarbeitern Zulage gewährt, nur die klägerische Firma nicht, die gerade von allen Buchdruckereien am meisten zu tun habe. Zu arbeiten sei da natürlich genug, aber der Lohn entspreche durchaus nicht den Leistungen, die Einleger erhalten 2,50 bis 3 Mk. pro Tag, die Einlegerinnen 11—13 Mk. pro Woche. Der Verband der Buchdruckereibesitzer in Leipzig habe in diesem Jahre den Hilfsarbeitern eine entsprechende Zulage gewährt, die aber bei Graß, Barth u. Co. noch nicht zur Wirklichkeit geworden ist. Ohne sich in irgend eine Verhandlung einzulassen, habe die Firma sofort im General-Anzeiger ein Inserat nach Hilfspersonal losgelassen. Daraus gehe hervor, daß das Geschäft nicht willens sei, die Lohnfrage friedlich zu lösen. Die klägerischen Vertreter bemerkten, daß die Firma gar nicht abgeneigt sei, eine Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, nur könne sie weder mit der Lohnkommission noch mit den Vertretern des Verbandes verhandeln, nach einem Beschluß des Vereins der Breslauer Buchdruckereibesitzer sei es jedem Mitgliede untersagt, mit dem Verbande oder der Lohnkommission zu unterhandeln, und diesem Beschlusse müsse die Firma sich fügen. Die Arbeiter mögen selbst vorstellig werden, dann werden sie Lohnzulagen erhalten. Ja, entgegnete Kollege Schulz, der 32 Jahre im Betriebe beschäftigt ist, ich habe es getan, ich habe um eine Aufbesserung ersucht, weil ich mit 18 Mk. meine Familie nicht erhalten kann, da wollte man mir 50 Pfennige pro Woche zulegen. Bewilligungen werde man nur denen machen, die dem Prinzipal passen, aber nicht allen. Darauf kann man sich aber nicht einlassen. Der Vorsitzende, Magistratsassessor Dr. Steinberg fragte die Vertreter, ob sie von der Klage Abstand nehmen möchten, wenn die Beklagten sich damit einverstanden erklärten, die Arbeit wieder aufzunehmen, sie erwiderten, alle könnten nicht aufgenommen werden, da verschiedene Plätze bereits durch andere Arbeiter besetzt seien. Die Streikenden lehnten es ihrerseits rundweg ab, einen derartigen Vergleich zu schließen. Von den Beklagten wurde auf § 152 der Gewerbeordnung hingewiesen, wonach den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährleistet sei und wonach ihnen auch das Recht zusteht, zu streiken. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß den Arbeitern allerdings dieses Recht zustehe, aber doch unter Beobachtung der gesetzlichen Kündigung, und um diese handle es sich bei der Streitfrage. Vertragbruch liege unbedingt vor, und deshalb sei die Firma zur Klage berechtigt. Da die Beklagten angaben, daß sie das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen wollen, schlug der Vorsitzende Vertrag vor, in die die klägerischen Vertreter einwilligten.

Es wird sich nun fragen, ob die Firma auch vor dem Einigungsamt auf ihrem Standpunkt, die Organisation auszuschießen, verharren wird. Diese Offizin erhält bekanntlich alle Druckaufträge von der Stadt, um so mehr sollte sie sich für verpflichtet fühlen, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden. Wir hoffen, daß die Firma ihr Unrecht einsehen und eine Lohnaufbesserung folgen lassen wird. Sollte das wider Erwarten nicht geschehen,

so wird es Sache der Stadtverordneten unserer Partei sein, in der Stadtverordnetenversammlung auf das Verhalten dieses Herrn hinzuweisen.

Aus dieser Situation ist zu ersehen, daß wir es in Breslau mit einem sehr rückständigen und skrupellosen Unternehmertum zu tun haben. Mag nun die Entscheidung vor dem Einigungsamt wie immer ausfallen, unsere Breslauer Kollegenschaft hat die Pflicht, den einmal aufgenommenen Kampf mit aller Kraft auf der ganzen Linie durchzuführen und nicht eher zu ruhen, bis der Sieg ihrer ist. Der Hilfsarbeitertarif ist ein Friedenswerk. Wollen die Breslauer Prinzipale aber diesen Frieden nicht, dann sollen sie den Krieg haben. Aber nicht nur die Breslauer, sondern alle Tarifgegner, die in verschiedenen Städten noch vorhanden sind, werden erfahren, wie ernst es der Organisation um die allgemeine Durchsicherung der vorjährigen Leipziger Beschlüsse ist, an denen auch die Vertreter der Prinzipale mitgearbeitet und sich dafür verbürgt haben. Den Kollegen und Kolleginnen aller Orte, die im Tarifkampf stehen, rufen wir zu: **Rast los vorwärts! Der Sieg muß unser sein!**

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

Mit der zunehmenden Macht der gewerkschaftlichen Organisationen und der fortschreitenden Konzentration des Kapitals werden die zwischen diesen beiden Faktoren zu führenden Kämpfe immer heftiger, umfangreicher und intensiver. Immer schärfer werden die zur Anwendung kommenden Waffen, und größer und mächtiger wird die Armee der gewerkschaftlichen Kämpfer, denen das solidarisch verbundene, gleichfalls an Macht gewinnende Unternehmertum gegenübersteht. Und in diesem Entwicklungsstadium des wirtschaftlichen Kampfes sehen wir das von den Gewerkschaften stets bekundete Streben, ausbrechende Differenzen möglichst auf gutlichem Wege beizulegen, seitens der Unternehmer mehr und mehr zur Anerkennung gelangen.

Ueber den Umfang und die Bedeutung dieser sogenannten friedlichen Lohnbewegungen war bis vor drei Jahren, abgesehen von diesbezüglichen Erhebungen einzelner Organisationen, näheres nicht bekannt. Ein Versuch, die Statistik über die Streiks und Aussperrungen insofern auszugestalten, daß sie auch Auskunft über die speziellen Ertragsverhältnisse, Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung usw., gibt, ließ die Notwendigkeit klar erkennen, die Erhebungen auch auf alle ohne Arbeitszeiteinstellung verlaufenen Lohnbewegungen auszudehnen. Für das Jahr 1904 hat die Generalkommission zuerst einen Bericht über Zahl, Umfang und Resultat der Lohnbewegungen veröffentlicht.

Die Lohnbewegungen sind aber nicht etwas in sich Abgeschlossenes, sondern sie sind als ein Teil der im wirtschaftlichen Kampfe zur Anwendung kommenden Mittel, in der Regel als Anfangsstadium eines sich entwickelnden Kampfes zu betrachten, der je nach den Verhältnissen und Umständen entweder ohne Opfer zu fordern gutlich beigelegt oder unter Aufwendung aller Kraft bis zur Erschöpfung einer der kämpfenden Parteien zu Ende geführt werden kann. Es ist deshalb auch notwendig, will man ein klares Bild über die von den Gewerkschaften geführten wirtschaftlichen Kämpfe und deren Resultate gewinnen, daß eine zusammenfassende Darstellung über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen gegeben wird. Mit der bisher jährlich von der Generalkommission veröffentlichten Statistik über Streiks und Aussperrungen, die darauf zugeschnitten ist, einen Vergleich mit der unzuverlässigen amtlichen Streikstatistik zu ermöglichen, waren solche Erweiterungen nicht zusammenzufassen, weshalb die Statistik über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen auf Grund besonderer Berichterstattung seitens der Gewerkschaftsvorstände bearbeitet werden muß. Ist diese zweifache Berichterstattung zuweilen recht zeitraubend für einzelne Vorstände, so ist andererseits dadurch auch zu Zeiträumen ein ziemlich weiter Spielraum geschaffen. Die Notwendigkeit, unsere Statistiken über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen zu vereinheitlichen, ist also vorhanden, und die Möglichkeit dazu wird geschaffen werden müssen, selbst auf die Gefahr hin, daß der

Vergleich mit der amtlichen Streikstatistik, dessen Zweck, die Nachweisung der Ungenauigkeit und Unzuverlässigkeit der letzteren, als vollkommen erreicht zu betrachten sein dürfte, späterhin unmöglich werden sollte. Die amtliche Streikstatistik hat ohnehin im letzten Jahre eine solche Umgestaltung erfahren, daß ein Vergleich, wenn nicht unmöglich, so doch ungemein erschwert ist.

Zum Vergleich konnte man sich bisher der Tabelle II der amtlichen Streikstatistik bedienen, die Angaben über die örtliche und zeitliche Verteilung der einzelnen Streikfälle enthielt. Die Statistik für 1906 enthält nun in Tabelle I „Die einzelnen Streikfälle nach der Verteilung der Streikenden auf die Gewerkschaften“ dieselben Angaben wie die frühere Tabelle II, jedoch unter Fortlassung der Angaben über die zeitliche Verteilung der Streiks, d. h. Beginn und Ende der einzelnen Streiks ist nicht mehr angegeben. Ein für die Beurteilung des Ausgangs eines Streiks sehr bedeutames Merkmal ist also aus der Statistik fortgelassen, die einzelnen Streiks ganz regellos untereinander gestellt und dadurch die Statistik noch wertloser gemacht, als sie es ohnehin schon war.

Bei den Vorbemerkungen zur amtlichen Streikstatistik heißt es in einer Fußnote: „Den im Reichstage bei den Etatberatungen ausgesprochenen Wünschen auf Einschränkung der statistischen Arbeiten ist im vorliegenden Jahresband dahin Rechnung getragen, daß das „Tabellenwerk“ dem praktischen Bedürfnis angepaßt ist, auch die „Erläuterungen und Berechnungen zu den Tabellen“ entsprechend eingeschränkt bzw. durch graphische Darstellungen ersetzt worden sind. Eine weitere Vereinfachung des Tabellenwerkes ist für das nächste Jahr in Aussicht genommen, um die Ergebnisse der Statistik auch schneller zu veröffentlichen.“

Daß das Reichsstatistische Amt sich beeilt, den im Reichstage ausgesprochenen Wünschen auf Einschränkung der statistischen Arbeiten nachzukommen, verdient jedenfalls besondere Beachtung. Wir vermögen aber nicht einzusehen, daß aus diesem Grunde eine der hauptsächlichsten Angaben aus der Statistik fortgelassen werden mußte. Wir sind vielmehr der Meinung, daß verschiedene andere überflüssige Fragen, z. B. die bezüglich Kontraktbruch, hätten ausgeschlossen werden können. Unsere Zeit mehrerer Jahre an der amtlichen Streikstatistik geübte Kritik ist an den maßgebenden Stellen offenbar recht unangenehm empfunden worden. Anstatt einzusehen, daß ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften eine brauchbare Streikstatistik nicht zustande kommen kann, wird die Statistik noch unbrauchbarer gemacht.

In der „Weltwirtschaft“, 2. Jahrgang, II, schreibt der bekannte bürgerliche Sozialreformer Dr. W. Zimmermann mit Bezug auf die amtliche Streikstatistik: „Sie liefert nur ein Bild der sozialen Anomalien im Ausgleichsprozeß der widerstreitenden Lohn- und Arbeitsinteressen, und zwar ein Bild, das von Jahr zu Jahr um so einseitiger wird, je allgemeiner die organisatorische Regelung des Arbeitsvertrages auf dem Wege des paritätischen Verhandlung ohne Kampf erfolgt.“ Und weiter: „Die wichtigen Angaben über die zeitliche Ausdehnung der Arbeitskämpfe, über die Summe der verlorenen Arbeitstage (Mannstage) fehlen in der amtlichen Statistik immer noch und müssen in der Streikstatistik der Generalkommission nachgelesen werden.“ So urteilen bürgerliche Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker über die amtliche Streikstatistik. Das Statistische Amt aber wird auf dem Wege der „Einschränkung der statistischen Arbeiten“ weiter schreiten und die Streikstatistik dem „praktischen Bedürfnis“ anpassen.

Mit der amtlichen Streikstatistik für 1906 ist für uns der Beweis erbracht, daß man im statistischen Amt die von uns bisher an der Statistik geübte Kritik als berechtigt und die von uns erbrachten Nachweise als zutreffend anerkennt, daß man jedoch den Mut nicht findet, dies einzugestehen. Daß die amtliche Statistik insofern eine Verbesserung enthält, also sie besser Nachweise über die Resultate der Streiks bringt, als bisher, soll gleichfalls hier Erwähnung finden. Diese Verbesserung verliert jedoch ebenfalls wieder sehr an Wert durch die Fortlassung der Angaben über Beginn und Ende der Streiks.

Für dieses Jahr sind unsere Statistiken noch in derselben Weise bearbeitet, wie im vorigen Jahre.

In der vorliegenden Arbeit sind alle Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen so gezählt, wie sie die Organisationen angegeben haben. Es sind also Streiks, an denen mehrere Organisationen beteiligt waren, sovielmal gezählt, als beteiligte Organisationen in Frage kommen. Die Streiks und Aussperrungen sind deshalb an dieser Stelle nur insoweit berücksichtigt, als dies im Zusammenhange mit den ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Lohnbewegungen unumgänglich notwendig ist. Die besondere Statistik über Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906 erscheint demnächst in derselben Form wie bisher.

Im Jahre 1906 wurden in 8543 Fällen Forderungen gestellt. Unter diesen sind zu verstehen die Fälle, in denen die Arbeiter Forderungen bezüglich Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Unternehmer richteten, so wie auch die Fälle, in denen die Unternehmer Forderungen bezüglich Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an die Arbeiter stellten. In 110 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen. Von den verbleibenden 8433 Fällen fanden 4558 gleich 54,1 pCt. ihre Erledigung durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmern oder durch stillschweigende Zugeständnisse seitens der Unternehmer, während es in 3873 Fällen 45,9 pCt. der Fälle zur Arbeitseinstellung oder zur Aussperrung kam. Die gestellten Forderungen erstreckten sich auf 14 044 Orte und auf 62 780 Betriebe mit insgesamt 1 260 571 beschäftigten Personen, von denen 316 042 Personen oder 25 pCt. derselben an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren.

1905 wurden Forderungen gestellt: 5659 in 7609 Orten und 44 040 Betriebe mit zusammen 1 150 656 Beschäftigten. 2886 gleich 51,9 pCt. der Fälle wurden durch Unterhandlungen, also ohne Arbeitseinstellung erledigt und in 2604 gleich 46,9 pCt. der Fälle wurde die Arbeit eingestellt oder die Unternehmer sperrten aus. Die Zahl der an den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, sowie die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten war im Jahre 1905 bedeutend größer als im Jahre 1906, obgleich die Zahl der gestellten Forderungen und die Zahl der davon betroffenen Betriebe im Jahre 1905 wesentlich geringer waren als 1906. Die Gesamtausgaben der Gewerkschaften für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betragen im Jahre 1906 13 451 718 Mk. gegenüber 10 999 133 Mk. im Jahre 1905.

Im ganzen wurden 1906 durch Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen erreicht (die entsprechenden Zahlen für 1905 fügen wir in Klammern bei): Arbeitseinstellung für 339 469 (186 363) Personen zusammen 1 248 119 (696 259) Stunden pro Woche, Lohnerhöhung für 691 703 (427 187) Personen zusammen 1 290 736 (885 311) Mark pro Woche, Lohnaufschlag für Ueberstunden in 2246 (987) Fällen, Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 2109 (892) Fällen, Befreiung der Akkorarbeit in 68 (119) Fällen, verbesserte Fabrik-, Bau- oder Werkstattdordnung in 98 (43) Fällen, Maßregelung wurde abgewehrt in 149 (127) Fällen, sonstiges wurde erreicht oder abgewehrt in 2199 (1134) Fällen. Sämtliche Angaben beziehen sich sowohl auf das, was positiv erreicht, sowie auf das, was hinsichtlich versuchter Verschlechterung abgewehrt wurde. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 2360 (1507) Fällen für 317 487 (257 791) Beteiligte.

Die Arbeitszeitverkürzung beträgt für jeden Beteiligten durchschnittlich 3 1/2 Stunden pro Woche und kommt in dieser Beziehung das 1906 Erreichte dem 1905 Erreichten gleich, jedoch ist die Zahl der Personen, für die Arbeitszeitverkürzung herbeigeführt worden ist, um 82 pCt. gegenüber 1905 gestiegen.

Im einzelnen wurde hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung in den letzten beiden Jahren erzielt:

	1905 für Beteiligte	1906 für Beteiligte
bis zu 1 Stunde	11 601	34 411
über 1 bis 2 Stunden	20 092	29 421
" 2 " 3 "	72 860	188 294
" 3 " 4 "	7 111	16 710
" 4 " 5 "	4 865	14 890
" 5 " 6 "	86 922	77 251
" 6 " 7 "	2 555	2 647
" 7 " 8 "	674	998
" 8 " 9 "	3 008	1 321
" 9 " 10 "	286	246
" 10 " 12 "	1 377	2 481

14 Stunden	30	120
15 "	2 782	304
18 "	6	713
24 "	55	359
28 "	280	618
30 "	—	111
86 "	14	—

Die durchschnittliche Lohnerhöhung betrug 1905 für jeden Beteiligten pro Woche 2,07 Mk. Im Jahre 1906 blieb die durchschnittliche Erhöhung um 20 Pf. pro Woche gegen das Vorjahr zurück, sie betrug 1,87 Mk., jedoch ist auch hier die Zahl der Beteiligten ganz wesentlich, und zwar um 62 pCt. gegen das Vorjahr gestiegen. Ist also für den einzelnen Beteiligten eine Lohnerhöhung 1906 nicht in dem Maße erzielt worden wie 1905, so ist im ganzen das 1906 Erreichte doch weit bedeutender als die Resultate für das Jahr 1905. Im einzelnen stellen sich die Lohnerhöhungen in den letzten beiden Jahren folgendermaßen:

	1905 für Beteiligte	1906 für Beteiligte
bis 50 Pfennige	9 324	19 032
über 50 Pfg. bis 1,— Mk.	42 788	68 716
" 1,— " 1,50 "	88 170	214 246
" 1,50 " 2,— "	91 851	150 980
" 2,— " 2,50 "	40 011	54 392
" 2,50 " 3,— "	84 172	65 518
" 3,— " 3,50 "	5 647	15 743
" 3,50 " 4,— "	9 218	15 087
" 4,— " 4,50 "	5 822	5 724
" 4,50 " 5,— "	3 032	6 593
" 5,— " 5,50 "	2 113	10 462
" 5,50 " 6,— "	1 864	3 635
" 6,— " 6,50 "	47	294
" 6,50 " 7,— "	385	20
" 7,— " 7,50 "	18	90
" 7,50 " 8,— "	210	87
" 8,— " 8,50 "	27	59
" 8,50 " 9,— "	—	125
" 9,50 " 10,— "	3	71
" 10,50 " 11,— "	3	—
" 11,— " 11,50 "	3	—
" 11,50 " 12,— "	42	21
" 12,50 " 13,— "	10	—
" 13,— " 16,50 "	—	38

Gegenüber diesen bedeutenden Erfolgen, welche die Arbeiter aufzuweisen haben, ist aber festzustellen, daß auch die Unternehmer vereinzelt Erfolge erzielt, indem es ihnen gelungen ist, ihre auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen trotz des Widerstandes der Gewerkschaften durchzuführen. Allerdings steht das, was die Unternehmer an Verschlechterungen durchzuführen vermochten, im krassen Mißverhältnis zu den Errungenschaften der organisierten Arbeiter. An Verschlechterungen sind eingetreten: Arbeitszeitverlängerung für 708 Personen zusammen 3881 Stunden pro Woche und Lohnreduzierung für 1122 Personen zusammen 2749 Mk. pro Woche, sowie für 976 Personen sonstige Verschlechterungen, welche infolge von Aussperrungen eingetreten sind. Für die davon Betroffenen sind diese Verschlechterungen gewiß sehr hart, kommen doch auf jeden Beteiligten etwa 5 1/2 Stunden wöchentlich Arbeitszeitverlängerung und durchschnittlich 2,45 Mk. Lohnreduzierung. Bei den wiederholten Versuchen des Unternehmertums, durch Aussperrungen großen Stills die Gewerkschaften lahmzulegen, um die Ausübung von so ungehindert betreiben zu können, sind diese Erfolge jedoch gänzlich bedeutungslos, weil nur ein kleiner Bruchteil der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter davon betroffen wird. Wenn man schon diesen Erfolgen eine Bedeutung beimessen will, so nur in dem Sinne, daß dadurch der Beweis erbracht ist, welche klägliche Fiasco die Schachmacher des Unternehmertums mit ihrer Aussperrungstaktik auch im letzten Jahre wieder gemacht haben.

Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden 4470 statt, die sich auf 7225 Orte und 37 998 Betriebe mit 766 462 Arbeitern und Arbeiterinnen erstreckten. In 2152 der von solchen Bewegungen betroffenen Orten bestand eine Unternehmerorganisation. In 1787 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer solchen Organisation an. An den Lohnbewegungen beteiligt waren insgesamt 593 724 Personen, und die Gesamtausgaben dieser Bewegungen betragen 50 878 Mk. Von den Bewegungen endeten mit vollem Erfolg 3468 mit 459 306 Beteiligten, mit teilweisem Erfolg 911 mit 112 846 Betei-

ligten, ohne Erfolg 80 mit 14 431 Beteiligten. Unbekannt blieb der Ausgang von 11 Bewegungen mit 298 Beteiligten.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 177 in 129 Orten statt. Sie erstreckten sich auf 360 Betriebe mit 21 610 Beschäftigten. In 91 Orten gehörten die von der Bewegung betroffenen Unternehmer einer Organisation an. In diesen Bewegungen nahmen teil 7982 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtausgaben betragen 1383 Mk. Es endeten erfolgreich 158 Bewegungen mit 7587 Beteiligten, teilweise erfolgreich 10 Bewegungen mit 199 Beteiligten und erfolglos 9 Bewegungen mit 196 Beteiligten.

Die gesamten Lohnbewegungen wurden von 47 gewerkschaftlichen Organisationen geführt, und zwar hatten Angriffs- und Abwehrbewegungen die Organisationen der Bauhilfsarbeiter, Bildhauer, Buchbinder, Fabrikarbeiter, Gasarbeiter, Graveure, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Gutarbeiter, Hutmacher, Leberarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Sattler, Schuhmacher, Textilarbeiter, Töpfer und Vergolder.

Nur an Angriffsbewegungen waren beteiligt die Organisationen der Bäcker, Bergarbeiter, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachbeder, Fleischer, Gärtner, Gemeinbearbeiter, Glaser, Hafnarbeiter, Handschuhmacher, Kupferschmiede, Kürschner, Lithographen, Maurer, Mühlenarbeiter, Portefeuller, Schiffszimmerer, Schirmmacher, Schmiede, Schneider, Steinarbeiter, Steinseher, Sulfateure, Tabakarbeiter, Tapezierer, Zigarrensortierer und Zimmerer.

Eine Gegenüberstellung der Lohnbewegungen von 1905 und 1906 zeigt, daß, soweit die Zahl der Bewegungen in Betracht kommt, prozentual der Erfolg im Jahre 1905 sich um ein geringes günstiger gestaltet als 1906. Für die Beteiligten jedoch stellt sich der Erfolg im Jahre 1906 etwas günstiger. Wir stellen zum Vergleich die entsprechenden Prozentziffern hier nebeneinander (für 1905 in Klammern). Von den Angriffsbewegungen hatten in Prozenten: vollen Erfolg 77,5 (79,4), teilweisen Erfolg 20,4 (17,0), keinen Erfolg resp. unbekannt 2,1 (3,6). Von den Abwehrbewegungen endeten mit vollem Erfolg 89,2 (93,2), teilweisen Erfolg 5,6 (3,9), erfolglos oder unbekannt 5,2 (2,9).

Bei der Zahl der Beteiligten ist das Verhältnis folgendermaßen. Es hatten bei Angriffsbewegungen vollen Erfolg 77,4 (74,0), teilweisen Erfolg 19,0 (21,0), keinen Erfolg 3,6 (5,0). Bei Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg 95,1 (92,0), teilweisen Erfolg 2,5 (5,5), keinen Erfolg 2,4 (2,5) pCt. Ueber die speziellen Errungenschaften hinsichtlich Lohnreduzierung, Arbeitszeitverkürzung, Tarifverträge usw. finden die Leser weiterhin nähere Angaben.

Die Streiks und Aussperrungen.

Wie schon eingangs mitgeteilt, erscheint später die spezielle Streikstatistik, die in bezug auf die Zahl der Streiks und Aussperrungen und die darauf begründeten Berechnungen ein anderes Ergebnis zeitigen wird, weil dort jeder Kampf, an dem mehrere Organisationen beteiligt waren, nur einmal gezählt wird, während wir hier ohne Einschränkung das Gesamtergebnis mitteilen, das sich aus den Einzelberichten der Vorstände der Zentralverbände ergibt. Soweit die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten und die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen in Frage kommen, werden die hier gemachten Angaben auch später eine Aenderung nicht erfahren.

Es wurden insgesamt 3873 Kämpfe geführt, an denen 289 587 männliche und 26 505 weibliche Personen beteiligt waren. Die Gesamtausgaben für diese Kämpfe betragen 13 297 862 Mk.

Angriffstreiks wurden von 47 Organisationen 2295 geführt. Daran beteiligt waren 169 533 männliche und 14 223 weibliche Personen. Die Ausgaben betragen 6 689 328 Mk. — Es endeten 1181 Streiks mit 82 315 Beteiligten erfolgreich, 588 Streiks mit 48 285 Beteiligten teilweise erfolgreich, 330 Streiks mit 22 018 Beteiligten erfolglos und 104 Streiks mit 6120 Beteiligten unbekannt.

Abwehrstreiks wurden 1048 von 42 Organisationen geführt. Beteiligt waren daran 35 515 männliche und 3415 weibliche Personen. Die Kosten beliefen sich auf 1 293 455 Mk. — Von diesen Streiks endeten 589 mit 13 616 Beteiligten er-

folgreich, 128 mit 4960 Beteiligten teilweise erfolgreich, 286 mit 9086 Beteiligten erfolglos und 45 mit 4227 Beteiligten unbekannt.

Von den im Jahre 1906 an die Generalkommission angeschlossen gewesenen Organisationen waren an Streiks nicht beteiligt die Verbände der Asphaltierer, Barbierer, Blumenarbeiter, Bureauangestellte, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Notensieder, Photographengehilfen, Schirmmacher und Zivilmusiker.

Nur Abwehrstreiks hatten zu verzeichnen die Organisationen der Fleischer, Formstecher, Gastwirtsgehilfen, Kürschner, Bergolber und Wäschearbeiter.

Ausperrungen fanden 560 statt, an denen folgende 40 Organisationen beteiligt waren: Bauhilfsarbeiter, Bergarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Fleischer, Gemeindefreiarbeiter, Glasarbeiter, Glaser, Grubeure, Hafensarbeiter, Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Hutmacher, Kupferschmiede, Leberarbeiter, Lithographen, Maler, Maschinisten, Maurer, Metallarbeiter, Mühlenarbeiter, Porzellanarbeiter, Porzellanarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schuhmacher, Schmiede, Steinarbeiter, Steinseher, Stuckateure, Tapezierer, Textilarbeiter, Töpfer, Bergolber und Zimmerer. Ausgesperrt wurden 84 489 männliche und 8867 weibliche Personen. Die Ausperrungen erforderten von den Gewerkschaften eine Gesamtausgabe von 5 315 079 Mk. Von den Ausperrungen endeten für die Arbeiter erfolgreich 166 mit 16 242 Beteiligten, erfolglos 146 mit 18 496 Beteiligten und unbekannt 58 mit 3272 Beteiligten.

(Fortsetzung folgt.)

Rundschau.

Vom Deutschen Photographengehilfenverband geht uns nachfolgender Aufruf zu, dem wir zur Unterstützung dieser Organisation im Kampfe für die Eringung einer ausreichenden Sonntagsruhe gerne Raum gewähren. Derselbe dürfte gerade jetzt in der Zeit vor Weihnachten seinen Zweck nicht verfehlen.

An das geehrte Publikum, insbesondere die Arbeiterchaft!

Unter Berücksichtigung der Berufsart und unter Hinzuziehung interessierter Unternehmerkreise wurde beraten und in Ausführung der Vorschriften der §§ 106b Abs. I und 106a der G.D. am 11. März 1895 verordnet, daß die Beschäftigung von Arbeitern in photographischen Anstalten gestattet werden kann: 1. An den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten zum Zweck der Aufnahme von Porträts, des Kopierens und Retouchierens für 10 Stunden bis spätestens 7 Uhr abends; 2. an allen übrigen Sonn- und Festtagen zum Zweck der Aufnahme von Porträts im Sommerhalbjahr für 6 Stunden bis spätestens um 5 Uhr nachmittags; im Winterhalbjahr für 5 Stunden bis spätestens um 3 Uhr nachmittags. Die Ausnahme unter 2) findet keine Anwendung auf den ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag.

Bedingung: Wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern, so sind die Arbeiter entweder an jedem dritten Sonntage für volle 36 Stunden, oder an jedem zweiten Sonntage mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages, und zwar spätestens von 1 Uhr nachmittags ab, von jeder Arbeit freizulassen. Wenn die Arbeiter durch die Sonntagsarbeiten am Besuch des Gottesdienstes behindert werden, so ist ihnen an jedem dritten Sonntage die zum Besuch des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben.

Trotzdem diese Gesetzesvorschriften schon über 12 Jahre in Kraft sind und trotzdem mit Veranlassung lokaler Cheforganisationen sogar weitergehende lokale Polizeiverordnungen erlassen wurden, wie in Barmen, Elberfeld, Bremen, Düsseldorf, Hannover, Heilbronn, Krefeld, Stuttgart, neuerdings auch in Darmstadt, und wenn wir nicht irren auch Essen und Köln, zwingen die Arbeitgeber unsere Kollegen zum großen Teil zur längeren Sonntagsarbeit. Vergebens haben wir insbesondere solche Arbeitgeber, die noch nicht einmal eine freie Zeit in der Woche als Ersatz für die Sonntagsarbeit gewährten, höflichst um eine Einhaltung der gesetzlichen Freiheit ersucht; ohne daß diese uns eine befriedigende Erklärung gaben, halten sie die Gesetze nach wie vor nicht ein. Diese Arbeitgeber verlangen sogar von unseren Kollegen

unterschriftliche Einwilligung zur Gesetzesübertragung. Die Arbeitgeber weisen immer darauf hin, das Publikum komme immer so spät zum Photographen. In den seltensten Fällen können die Arbeiterinhaber die Aufnahme allein machen. (Das Gesetz erlaubt dem Inhaber, den ganzen Tag zu arbeiten.) Viele umgehen die Freiheit und Einhaltung der Sonntagsruhe nun dadurch, daß sie den Gehilfen auf Grund eines fingierten Vertrages zum Teilhaber, aber ohne Anteil, machen. Bei der jetzt ungünstigen Konjunktur würden sich leider unorganisierte Gesetzesübertreter genug finden, deshalb bitten wir ein verehrt. Publikum, insbesondere aber die Arbeiterschaft, sich keinesfalls an Sonn- und Festtagen vor vormittags 10 Uhr und in den obengenannten Städten nach 2 Uhr, an allen anderen Orten nach 3 Uhr nachmittags zum Photographen vor und nach dieser Zeit nichts zu tun bleibt. Bei Nichterhaltung der Gesetzesvorschriften von nun an bliebe uns nur der Weg, die betreffenden Firmen zu nennen. Borerst aber möge diese Warnung dienen. Wir bitten aber auch die organisierten Arbeiter, uns noch fernstehende Photographengehilfen, mit denen sie irgendetwie in Verbindung kommen, auf unsere Organisation hinzuweisen und event. derselben zuzuführen.

Deutscher Photographengehilfen-Verband, Berlin S.O. 16, Joseffstr. 7 I.

Zehn Gebote für Diskussionsredner. (Ausschneiden und Auswendiglernen.)

Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrage folgt, soll Aussprache, Meinungsaustausch der Versammlungsteilnehmer über den behandelten Gegenstand sein, denselben nach allen Seiten hin klar zu legen und die Versammlung zu einem bestimmten Willensentschluß hingleiten. Hieraus ergeben sich für den Diskussionsredner eine Reihe von Anforderungen, die er streng zu beachten hat.

1. Rede nur, wenn du was weißt, wenn du dir klar bist über das Was und Wie dessen, was du vorbringen willst. Ohne dem blamiertst du dich und belästigst die Versammlung. Nur der ist verpflichtet zu reden, der was zu sagen hat.

2. Sprich zur Sache! Höre aufmerksam auf das Referat und spreche dich darüber aus. Durch unsachliche und nebensächliche Diskussionsreden werden in der Regel die Versammlungen in die Länge gezogen und ihr Zweck vereitelt.

3. Greife bestimmte Punkte aus dem Vortrage heraus! Hüte dich, über alles Vorgebrachte reden zu wollen. Das ist Sache eines Korreferenten. Ueber einzelne Punkte läßt sich in Kürze etwas Neues sagen, über alles kann man in der Diskussion nur schwachen.

4. Widerhole nicht bereits Gesagtes; habe den Mut, aus Wort zu verzichten, wenn du bereits auf der Rednerliste stehst und deine Vorredner dir den Stoff weggenommen haben. Du vergißt dir dadurch garnichts, sondern gewinnst in den Augen des denkenden Versammlungsteilnehmers.

5. Mache es kurz! Keine lange Einleitung, direkt aufs Ziel los, präzise Ausführungen dessen, was man sagen will, das gibt der Diskussionsrede die Würze. Wenn dir auch eine längere Redezeit garantiert ist, suche dich immer kurz zu fassen.

6. Halte keine Zitate! Mit persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen trügst du immer mehr zur Klärung der Sachlage bei, als wenn du nur Zitate über gar nur Zitate aus Zeitungen, Büchern und Ausprüchen von Rednern vorlegst.

7. Rede nicht im „Ich“-Stile! Man kann persönliche Erfahrungen zum besten geben, ohne in den leidigen, die Zuhörer schließlich anwidernden Ton zu verfallen: „ich habe dies und jenes gesehen“; „ich bin der und der Kerl“; „ich habe dies und das erlebt“; „ich habe dies und das getan“ usw. Die Redner im „Ich“-Stile werden bald nicht mehr ernst genommen.

8. Fordere nicht heraus! Man hat dir nicht das Wort erteilt, damit du deine Wut an dieser oder jener anwesenden oder nicht anwesenden Person oder Partei ausleben kannst. Du hast die Art deines Redens dem höheren Zweck der Versammlung unterzuordnen. Wie oft war das aufreizende Benehmen eines einzigen Diskussionsredners Ursache von Habsaufsenen und Versammlungsausschreitungen.

9. „Ich habe gesprochen“ oder „Dies meine Ausführungen“ sind höchst überflüssige Redensarten, die mancher Diskussionsredner mit jähem Ausdauer anwendet. Weg damit! Wer nichts mehr weiß und keinen wirkungsvollen Schluß findet, der höre ohne weiteres auf.

10. Rede nicht immer! Viele Diskussionsredner meinen, sie müßten immer in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit reden. Sie erreichen damit, daß über kurz oder lang die Versammlung aufsteht, wenn sie das Rednerpult besteigen. — Natürlich, der wieder: „muß auch seinen Senf dazu tun“ usw. Man muß auch schweigen können, in seinem und im Interesse anderer.

Literatur.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Herausgeber Dr. F. Bloch) werden mit Beginn des neuen Jahres, in dem sie in ihren 14. Jahrgang treten, in ihrem Umfang, wie in ihrer Erscheinungsweise verdoppelt: sie werden ab 1. Januar alle 14 Tage erscheinen. Die Weiterung ist notwendig geworden, weil der Stoffanbruch die Bewältigung ihrer Aufgaben im bisherigen Raume nicht mehr gestattete.

Briefkasten.

Fr. E. in Kaufbeuren. Ueber gesellige Versammlungen können wir nur kurze Berichte bringen; daher die Streichungen. Der letzte Bericht kostete 20 Pf. Straßporto.

Männer-Gesangverein «Solidarität»

(Buchdruckerel-Bilfsarbeiter)

Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes

Chormeister: Herr V. Dillenberger

Sonntag, den 17. November 1907

Große Konzert-Aufführung

zur

Feier des 14. Stiftungsfestes

In den

„Sophien-Sälen“, Sophien-Straße No. 17-18

Unter gütiger Mitwirkung der Brettl-Diva Frau Margarethe Walkotte Musik von Mitgliedern des »Neuen Tonkünstler-Orchesters« Dirigent: Herr Franz Hölzfelder

Nach dem Konzert: Großer Tanz

Teilnahme für Herren 50 Pf.

Anfang abends präz. 6 Uhr

Programm mit Text 30 Pf.

Das Rauchen ist vor Ablauf des Programms nicht gestattet!

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 23.

Berlin, den 16. November 1907.

13. Jahrgang.

Korrespondenzen.

Altwasser i. Schl. Versammlung vom 22. Oktober. Diefelbe war sehr schlecht besucht. Kollege Zappe eröffnete die Versammlung mit der Bemerkung, uns nicht davon abhalten zu lassen, wenn es auch mit der Organisation nicht so schnell gehen will, wie es anfangs den Anschein hatte; denn aller Anfang ist schwer und auf einen Streich fällt keine Eich! Zunächst gab Kollege H. den Massenbericht über das 3. Quartal, welcher von den Redirektoren für richtig befunden wurde. Weiter wurde angenommen, mitte November eine öffentliche Versammlung anzuberaumen und für dieselbe tüchtig zu agitieren. Es wurde darauf hingewiesen, sich einmal an die Drucker zu appellieren, um die noch in großer Masse fernstehenden Arbeiterinnen durch ruhige, sachliche Worte aufzuklären, ihnen den Zweck und Nutzen der Organisation zu erläutern und zu erklären, da sie mit diesen Hand in Hand arbeiten müssen. Zum Schluß wandte sich Kollege Zappe an die in sehr geringer Zahl Anwesenden, das Winterhalbjahr kräftig zur Hausagitation auszunutzen, da doch anderweitig schon viel Erfolge damit erzielt worden sind. Jedes zielbewusste Mitglied sollte es sich zur Aufgabe machen, die noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Wohnung im Beisein ihrer Eltern anzuschauen und die noch im Schlaf befindlichen aufzurütteln. Kollegen und Kolleginnen in Altwasser, frisch ans Werk, Augen auf, weg mit der Gleichgültigkeit! Seht Euch die Unternehmer an, sie sind nicht so gleichgültig, sie sind alle organisiert, bemüht und befreit, mit langer Arbeitszeit und einem Hungerlohn die Arbeiter abzunutzen und ihre Taschen und Geldböden von dem Profit, den ihnen die Arbeiter verschaffen, lächelnd mit Tausenden und Abertausenden zu füllen. Denn überall dort, wo die Arbeiter gleichgültig sind und sich um keine Organisation kümmern, sind die schlechtesten und miserabelsten Löhne, denn nur dort hat das Unternehmertum die beste Gelegenheit, die Arbeiter auszubeuten. Nun, Ihr Arbeitsbrüder und Arbeitsgeschwestern, wollt Ihr noch länger zusehen, wie sie Euch mit scharfen Worten abweisen, wenn Ihr eingeln um einige Pfennige mehr Lohn für Eure schwere Arbeit bittet? Wollt Ihr noch länger dulden, daß sie Euch für Eure hingepferchte Kraft am Wochenlohn mit einem Lohn, der nichts weiter als ein Trinkgeld ist, nach Hause schicken? Nein! Wir müssen uns alle organisieren, alle in den Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiterverband eintreten, fest und treu zur Sache halten, damit wir die unerhörte Ausbeutung abweisen und mit Hilfe des Verbandes ein besseres Dasein führen können; denn wir sind Menschen und wollen nach getaner Arbeit auch leben wie Menschen. Seid einig! Nur Einigkeit macht stark! S. A.

Darmstadt. Versammlung vom 26. Oktober. Nachdem Vorsitzender Klinger die zahlreich erschienenen begrüßt hatte, erteilte er unserer Verbandsvorsitzenden Frau Paula Thiede das Wort zu ihrem Referat: „Welche Vorteile brachte der Tarif für unseren Beruf?“ Bevor Rednerin auf ihr eigentliches Thema einging, hob sie rühmend hervor, wach schönes Heim sich die hiesige Arbeiterschaft durch den Kauf des Gewerkschaftshauses erworben habe, und erwähnte auch unsere Kollegen, die neugegründete Tagespresse, sowie das Gewerkschaftshaus in jeder Beziehung zu unterstützen. Auf ihr Referat übergehend, warf Rednerin einen Rückblick auf die Gründung der Organisation, wie man Schritt für Schritt weitergegangen sei; sie zeigte, welche Verbesserungen in den meisten Zahlstellen zustande gekommen sind, wo Tarife bis jetzt abgeschlossen wurden und in denen man hofft, dieselben in aller Kürze abzuschließen. Weiter betonte die Referentin, welche ungeheure Agitation dazu entfaltet wurde und ermahnte auch unsere hiesigen Kolleginnen und Kollegen, recht kräftig mitzuwirken und zu agitieren, insbesondere bei dem Hilfspersonal der Steinbrucker, damit man auch hier baldigst einen Lohn tarif zustande bringen kann. Die daran anschließende Diskussion zeigte denn auch, daß das Steinbruckerhilfspersonal auf eine Verbesserung seiner jetzigen Lohnverhältnisse hofft. Auch der Vertreter der Buchdruckmaschinenmeister, W. Ernst, trat warm für eine Besserstellung der Steinbrucker-

Kollegen ein. Nachdem Kollege Klinger der Referentin das Schlußwort erteilte, erwähnte dieselbe, daß nur eine geschlossene Organisation in der Lage ist, etwas zu erreichen und schloß sie mit dem Wunsch, es möchten sich die in den hiesigen Steinbrucker stehenden Hilfsarbeiter, insbesondere aber die Arbeiterinnen, bald unseren Reihen anschließen, damit bald eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage zustande kommt. Mit einem kurzen Schlußwort schloß Vorsitzender die Versammlung. A.-S.

Silbesheim. Am Sonntag, den 27. Oktober, fand im Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung aller in Buch- und Steinbrucker Beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Kollege Spartakus aus Hannover über „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte. Redner verstand es, in seinem über ¾ Stunde dauernden Vortrage die Anwesenden zu fesseln. Er legte denselben klar den Zweck der Organisation vor Augen und ging dann auf den Nutzen derselben ein, indem er auf die Unterstützungseinrichtungen unseres Statuts hinwies. Es ist nur durch festen Zusammenhalt möglich, höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Herren Buchdrucker Werner und Holländer ergänzten die Ausführungen und baten die anwesenden Kollegen und Kolleginnen, den richtigen Schluß hieraus zu ziehen. Nach Schluß der Ausführungen des Referenten meldeten sich 10 Mitglieder sofort zur Aufnahme. Hierauf wurde beschloffen, eine Zahlstelle zu gründen, worauf Genosse K. Werner einstimmig zum Vorstande gewählt wurde, sowie zwei Kolleginnen, welche die Vorarbeiten zur nächsten Versammlung treffen sollen, in welcher dann der gesamte Vorstand gewählt werden soll. Kollege Spartakus legte den neugewonnenen Mitgliedern noch besonders ans Herz, für die Zukunft dem Verbands treu zu bleiben und recht tatkräftig mitzuwirken zum Wohle und Gelingen der Zahlstelle Silbesheim, damit sich dieselbe kräftig entwickle. Den Herren Buchdrucker Holländer sowie Werner, welche an der Gründung mitwirkten, sei an dieser Stelle der Dank ausgesprochen. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen. B. Sp.

Karlsruhe. In der am 21. Oktober abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte die Zentralvorsitzende Kollegin Thiede über den Lohn tarif des Druckereihilfspersonals. In einstündiger, sehr interessanter Ausführungen schilderte die Rednerin die verschiedenen Positionen und Vorteile, die der Tarif gebracht hat. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne der Referentin aus, mit Ausnahme des Kollegen Braun, der es leider nicht unterlassen konnte, immer und immer wieder gegen einzelne Mitglieder der Ortsverwaltung seine persönlichen Angriffe loszulassen. In treffender Weise führte Kollegin Thiede in ihrem Schlußwort den Kollegen Braun ab, indem sie ausführte, daß es keine große Tat sei, stets und ständig Verwaltungsmaßnahmen zu kritisieren. Sie forderte deshalb den Kollegen auf, in Zukunft sich mehr der praktischen Arbeit zuzuwenden, anstatt durch ständige persönliche Anrempelungen die Verbandsinteressen zu schädigen. Die Ausführungen unserer Zentralvorsitzenden fanden alleinstimmigen Beifall. Auch ein Vertreter des Gewerkschaftsartells, Buchdrucker Dittmann, war der Meinung, daß eine solche Diskussion, wie sie von den Kollegen Braun und Heinzemann gepflegt wurde, nicht dazu angetan sei, den Interessen des Verbandes zu dienen. Er forderte deshalb die anwesenden Mitglieder auf, sich in der Diskussion mehr im Rahmen des Referats zu halten. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt. Als nächster Punkt stand die bevorstehende Einführung des Tarifs für das Steinbruckerhilfspersonal auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende Kollege Siegel betonte in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Einführung desselben. Redner forderte die anwesenden Mitglieder der Steinbrucker auf, fleißig zu agitieren, damit die in den nächsten Tagen stattfindenden Druckereiverfassungen mit Erfolg begleitet seien. Da der Tarif ausgearbeitet sei, hänge es nur davon ab, ob die Mitarbeiterschaft stark genug ist, denselben mit Erfolg durchzudrücken. Er wünschte und hoffte, daß die jetzt ein-

geleitete Agitation die Indifferenten der Organisation zuführen möge. Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldete, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung, dabei dem Wunsche Ausdruck gebend, unsere Zentralvorsitzende bald wieder in unserer Mitte begrüßen zu können. B.

Kaufbeuren. In dem Familienabend, welcher am Samstag, den 26. Oktober, in den Kochsälen stattfand, konnte man wieder sehen, daß die Arbeiter auch ohne Hag und Streit, was von unseren Gegnern stets behauptet wird, einen schönen und genussreichen Abend zu erleben verstehen. Es gab daher nur eine Stimme des Lobes aller Beteiligten über die dargebotenen künstlerischen Genüsse. Der Vorsitzende mit seinem getreuen Stabe hat auch alles getan, um den Mitgliedern und Gästen einen gemütlichen Abend zu bieten. Es ginge zu weit, an dieser Stelle das ganze Programm zu besprechen. Erwähnt sei, daß alle Mitwirkenden ihr Bestes leisteten, um den Abend verschönern zu helfen, was die Anwesenden mit oft stürmischem Applaus quittierten. Auch an dieser Stelle wollen wir allen nochmals danken, die dazu beitrugen, unserer Kollegenchaft nach des Tages Mühe und Lasten, nach vieler und erst der Organisationsarbeit einige heitere Stunden zu bereiten. Den Kollegen und Kolleginnen Kaufbeurens rufen wir aber zu, das an jenem Abend so schön zum Ausdruck gebrachte Einigkeitsgefühl stets zu betätigen, auch wenn es gilt, in schwereren Stunden zusammen zu stehen, um für unsere Ziele einzutreten. S. G.

Meß. Am Mittwoch, den 23. Oktober, hielt Kollegin Thiede, welche auf Verlangen der hiesigen Agitationskommission erschien, eine Versammlung ab, um auch hier endlich einmal das Samenorn zu einer Zahlstelle zu legen. Dem Rufe waren circa 20 bis 25 Kollegen und Kolleginnen gefolgt und hörten mit Spannung den trefflichen Vortrag der Referentin, welche an der Hand der hiesigen traurigen Verhältnisse nachwies, daß nur der Zusammenhalt aller diesem endlich ein Ziel sehen könne. Sie schilderte u. a. auch die Straßburger Verhältnisse, und auch die Zustände dort, wo schon Tarife abgeschlossen wurden. In der Diskussion wurde behauptet, daß von den vielen hiesigen Kollegen und Kolleginnen nur etwa ein Drittel anwesend seien und gerade von den Buchdruckereien der Meßer und der Kothringer Zeitung gar niemand erschienen wäre. Ein Redner sagte, daß der Prinzipal der Meßer Zeitung Wind erhalten hätte und deshalb die Kollegen alle Ueberstunden machen ließ, damit dieselben ja nicht zur Verammlung gingen. Auch gegen den Buchbinder der Kothringer Zeitung wurde der Vorwurf erhoben, daß derselbe die Mädchen davon abgehalten habe und ihnen allerlei vormade, u. a., daß der Verband nichts taue usw., und so denselben Angst eingejagt habe. Das Verhalten dieses Kollegen wurde von einem Buchbinder in das rechte Licht gestellt; derselbe hätte deswegen dieses getan, weil er einige Wochen vorher in ihrer Versammlung wegen Resten ausgeschlossen worden sei und auch weitere 5 Kolleginnen zum Austritt bewogen habe. Ein Wirt war die treffende Antwort für diese noble Tat. Der Aufforderung zum Beitritt folgten sofort 5 Kollegen, und somit war die Zahlstelle Meß gegründet. Es wollten auch einige Kolleginnen eintreten, aber wenn man dieselben dazu auffordert, so ist es immer dieselbe Ausrede: Wenn die oder die eintritt, trete ich auch ein. Aber die oder die treten eben nicht ein, weil der Mann, welcher selbst organisiert, dieselbe davon abhält, man solle erst einmal abwarten, was aus dem Verband wird. Kollegen und Kolleginnen! Wenn ihr lange warten wollt und keiner den Anfang macht, dann werdet ihr niemals das erreichen, um was ihr kämpft, nämlich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, dann werdet ihr euch noch manchemal gefallen lassen müssen, daß man euch mit Schimpfnamen belegt, wie besonders in einer hiesigen Druckerei es von Seiten des Herrn Faktors, welcher, nebenbei bemerkt, nicht einmal Fachmann ist, geschieht. Ihr müßt es euch auch bieten lassen, Ueberstunden ohne Bezahlung zu leisten. Also merkt es euch: nur der Zusammenhalt kann da bessere Verhältnisse schaffen, und zwar in der Gestalt eines Tarifs, wie ihn die Buchdrucker haben. Sinein in den Verband! Hoch die Solidarität! Nur Einigkeit

